

1982

Ausgegeben zu Bonn am 26. November 1982

Nr. 40

Tag	Inhalt	Seite
3. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen	982
3. 11. 82	Bekanntmachung des Übereinkommens über vorläufige Regelungen für polymetallische Knollen des Tiefseebodens	983
4. 11. 82	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Finanzielle Zusammenarbeit	994
5. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Auslieferungsübereinkommens	995
8. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation	997
9. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 62 der Internationalen Arbeitsorganisation über Unfallverhütungsvorschriften bei Hochbauarbeiten	997
9. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 63 der Internationalen Arbeitsorganisation über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes, einschließlich des Baugewerbes, sowie in der Landwirtschaft	997
9. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 73 der Internationalen Arbeitsorganisation über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute	996
9. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	998
9. 11. 82	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-niederländischen Vertrags über Grenzberichtigungen	999
10. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm	999
10. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen	1000
10. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation über Zwangs- oder Pflichtarbeit	1000
10. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung	1000
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 81 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel	1001
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 115 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen	1001
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 122 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beschäftigungspolitik	1002
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 135 der Internationalen Arbeitsorganisation über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb	1002
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 136 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Schutz vor den durch Benzol verursachten Vergiftungsgefahren	1002
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 138 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung	1003
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 139 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Verhütung und Bekämpfung der durch krebserzeugende Stoffe und Einwirkungen verursachten Berufsgefahren	1003
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 140 der Internationalen Arbeitsorganisation über den bezahlten Bildungsurlaub	1003
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 141 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Verbände ländlicher Arbeitskräfte und ihre Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung	1003
11. 11. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 142 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Berufsberatung und die Berufsbildung im Rahmen der Erschließung des Arbeitskräftepotentials	1004

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

Vom 3. November 1982

Das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) wird nach seinem Artikel 27 Abs. 3 für

Spanien
in Kraft treten.

am 16. November 1982

Spanien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde die folgenden Erklärungen abgegeben und die nachstehenden Vorbehalte eingelegt:

(Übersetzung)

A) Déclarations

Concernant l'article 7, paragraphe 3

L'Espagne déclare qu'aux fins de ce qui est prévu dans l'article 7 (3) de la Convention, le délai mentionné dans cette disposition sera au moins de trente jours.

Concernant l'article 15, paragraphe 6

L'Espagne déclare que, lorsque en cas d'urgence les autorités judiciaires de la partie requérante adressent une commission rogatoire directement à ses autorités judiciaires, elles devront également adresser une copie de la commission rogatoire au Ministère de la Justice espagnol.

Concernant l'article 24

L'Espagne déclare qu'aux fins de la présente Convention doivent être considérées comme autorités judiciaires:

- a) Les juges et tribunaux de droit commun;
- b) Les membres du Ministère Public;
- c) Les autorités judiciaires militaires.

B) Réserves

A l'article 5, paragraphe 1

L'Espagne se réserve la faculté de soumettre l'exécution des commissions rogatoires qui ont pour fin une perquisition ou une saisie d'objets aux conditions suivantes:

- a) l'infraction motivant la commission rogatoire doit être punissable selon la loi espagnole;
- b) l'infraction motivant la commission rogatoire doit être susceptible de donner lieu à extradition selon la loi espagnole;
- c) l'exécution de la commission rogatoire doit être compatible avec la loi espagnole.

A l'article 16, paragraphe 2

L'Espagne se réserve la faculté d'exiger que les demandes d'entraide judiciaire et pièces annexes lui soient adressées accompagnées d'une traduction en langue espagnole dûment authentifiée.

„A) Erklärungen

Zu Artikel 7 Absatz 3

Spanien erklärt, daß für die Zwecke des Artikels 7 Absatz 3 des Übereinkommens die dort genannte Frist mindestens 30 Tage beträgt.

Zu Artikel 15 Absatz 6

Spanien erklärt, daß in dringenden Fällen, in denen die Justizbehörden des ersuchenden Staates ein Rechtshilfeersuchen unmittelbar den Justizbehörden Spaniens übermitteln, eine Abschrift des Rechtshilfeersuchens auch dem spanischen Justizministerium zu übermitteln ist.

Zu Artikel 24

Spanien erklärt, daß als Justizbehörden im Sinne dieses Übereinkommens

- a) die ordentlichen Richter und Gerichte,
 - b) die Mitglieder der Staatsanwaltschaft,
 - c) die Militärjustizbehörden
- zu betrachten sind.

B) Vorbehalte

Zu Artikel 5 Absatz 1

Spanien behält sich das Recht vor, die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen folgenden Bedingungen zu unterwerfen:

- a) Die dem Rechtshilfeersuchen zugrundeliegende Straftat muß nach spanischem Recht strafbar sein;
- b) die dem Rechtshilfeersuchen zugrundeliegende Straftat muß nach spanischem Recht auslieferungsfähig sein;
- c) die Erledigung des Rechtshilfeersuchens muß mit dem spanischen Recht vereinbar sein.

Zu Artikel 16 Absatz 2

Spanien behält sich das Recht vor zu verlangen, daß ihm die Rechtshilfeersuchen und die beigefügten Schriftstücke mit einer ordnungsgemäß beglaubigten Übersetzung in die spanische Sprache übermittelt werden.

A l'article 22

L'Espagne se réserve le droit de ne pas donner avis à d'autres Parties intéressées des antécédents pénaux rayés dans le cas de ressortissants espagnols.»

Zu Artikel 22

Spanien behält sich das Recht vor, andere interessierte Vertragsparteien von getilgten Strafregistervermerken betreffend spanische Staatsangehörige nicht zu benachrichtigen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Mai 1981 (BGBl. II S. 318).

Bonn, den 3. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Übereinkommens über vorläufige Regelungen
für polymetallische Knollen des Tiefseebodens**

Vom 3. November 1982

Das von der Bundesrepublik Deutschland in Washington am 2. September 1982 unterzeichnete Übereinkommen über vorläufige Regelungen für polymetallische Knollen des Tiefseebodens ist nach seinem Absatz 11 für die

Bundesrepublik Deutschland am 2. September 1982
in Kraft getreten.

Das Übereinkommen ist am 2. September 1982 ferner für
Frankreich
Vereinigtes Königreich
Vereinigte Staaten

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. November 1982

Der Bundesminister für Wirtschaft
Im Auftrag
Steeg

**Übereinkommen
über vorläufige Regelungen für polymetallische Knollen des Tiefseebodens**

**Agreement
Concerning Interim Arrangements
Relating to Polymetallic Nodules of the Deep Sea Bed**

**Accord
sur les arrangements provisoires
relatifs aux nodules polymétalliques des grands fonds marins**

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

im Hinblick auf die Investitionen, die für Aufsuchung, Erforschung und sonstige Pioniertätigkeiten in bezug auf die polymetallischen Knollen des Tiefseebodens vorgenommen worden sind,

in Anbetracht dessen, daß die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen ein Seerechtsübereinkommen und eine EntschlieÙung über vorbereitende Investitionen für Pioniertätigkeiten in bezug auf polymetallische Knollen noch vor Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens angenommen hat, sowie in Anbetracht der Bestimmung jener EntschlieÙung über die Lösung von Konflikten zwischen Pionierinvestoren,

eingedenk des vorläufigen Charakters der von bestimmten Vertragsparteien erlassenen Rechtsvorschriften über Unternehmungen auf dem Tiefseeboden,

in dem Wunsch, angemessene Vorkehrungen zu treffen, um Überschneidungen der für künftige Pioniertätigkeiten auf dem Tiefseeboden beanspruchten Felder zu vermeiden, und sicherzustellen, daß während der Übergangszeit diese Tätigkeiten in geordneter und friedlicher Weise durchgeführt werden,

nachdrücklich betonend, daß dieses Übereinkommen die Beschlüsse der Vertragsparteien betreffend das von der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen angenommene Seerechtsübereinkommen nicht berührt,

sowie in dem Wunsch, bei der Durchführung dieses Übereinkommens Diskriminierungen unter den Vertragsparteien zu vermeiden,

und in dem Wunsch, sicherzustellen, daß ausreichende Felder, die polymetallische Knollen enthalten, für Unterneh-

The Parties to this Agreement:

having regard to investments made in exploration, research and other pioneer activities relating to the polymetallic nodules of the deep sea bed;

noting the adoption by the Third United Nations Conference on the Law of the Sea of a Convention on the Law of the Sea and of a Resolution Governing Preparatory Investment in Pioneer Activities Relating to Polymetallic Nodules prior to the entry into force of the Convention on the Law of the Sea, and the provision of that Resolution concerning resolution of conflicts among pioneer operators;

recalling the interim character of legislation with respect to deep sea bed operations enacted by certain Parties;

desiring to make appropriate provisions for avoiding overlaps in the areas claimed for future pioneer activities in the deep sea bed and to ensure that, during the interim period, such activities are carried out in an orderly and peaceful manner;

emphasizing that this Agreement is without prejudice to the decisions of the Parties with respect to the Convention on the Law of the Sea adopted by the Third United Nations Conference on the Law of the Sea;

desiring also to avoid any discrimination among Parties in the implementation of this Agreement;

desiring further to insure that adequate areas containing polymetallic nodules remain available for operations by other

Les Parties au présent Accord:

Eu égard aux investissements réalisés dans les activités d'exploration, de recherche et les autres activités pionnières relatives aux nodules polymétalliques des grands fonds marins;

notant l'adoption par la Troisième Conférence des Nations Unies sur le Droit de la Mer d'une Convention sur le Droit de la Mer et d'une Résolution sur les investissements préparatoires dans des activités préliminaires relatives aux nodules polymétalliques avant l'entrée en vigueur de la Convention sur le Droit de la Mer, et la disposition de cette Résolution concernant la solution des litiges entre les investisseurs pionniers;

rappelant le caractère provisoire des législations relatives aux opérations sur les grands fonds marins promulguées par certaines Parties;

désireuses de prendre des dispositions appropriées afin d'éviter les chevauchements dans les zones revendiquées pour de futures activités préliminaires sur les grands fonds marins et de faire en sorte qu'au cours de la période intérimaire ces activités soient conduites de manière ordonnée et pacifique;

soulignant que le présent Accord ne préjuge en rien les décisions des Parties en ce qui concerne la Convention sur le Droit de la Mer adoptée par la Troisième Conférence des Nations Unies sur le Droit de la Mer;

désireuses en outre d'éviter toute discrimination entre les Parties dans la mise en œuvre du présent Accord;

désireuses de plus de veiller à ce que des zones adéquates contenant des nodules polymétalliques restent disponi-

mungen durch andere Staaten und Rechtsträger im Einklang mit dem Völkerrecht verfügbar bleiben –

states and entities in conformity with international law;

bles pour des opérations menées par d'autres Etats et entités conformément au droit international;

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

sont convenues de ce qui suit:

(1) Ziel dieses Übereinkommens ist es, die Feststellung und Lösung etwaiger Konflikte im Zusammenhang mit dem Einreichen und der Bearbeitung von Berechtigungsanträgen zu erleichtern, die bis zum 12. März 1982 von Pionierunternehmen aufgrund der von einer der Vertragsparteien erlassenen Rechtsvorschriften über Unternehmungen auf dem Tiefseeboden gestellt worden sind.

1. The object of the present Agreement is to facilitate the identification and resolution of conflicts which may arise from the filing and processing of applications for authorizations made by Pre-Enactment Explorers (PEEs) on or before March 12, 1982 under legislation in respect of deep sea bed operations enacted by any of the Parties.

1. L'objet du présent Accord est de faciliter l'identification et la solution des litiges qui peuvent naître du dépôt et de l'instruction des demandes d'autorisation présentées par les Opérateurs Ante Legem au plus tard le 12 Mars 1982 en vertu de la législation relative aux opérations sur les grands fonds marins promulguée par l'une quelconque des Parties.

(2) Im Fall eines Konflikts in bezug auf die in diesen Anträgen beanspruchten Felder geben die Vertragsparteien den Antragstellern ausreichende Gelegenheit und ermutigen sie, den Konflikt in angemessener Zeit durch freiwillig vereinbarte Verfahren zu lösen.

2. In the case of a conflict between the areas claimed in such applications, the Parties shall afford the applicants adequate opportunity, and shall encourage them, to resolve such conflict in a timely manner by voluntary procedures.

2. En cas de litige entre les zones revendiquées dans ces demandes, les Parties offriront aux demandeurs des possibilités adéquates afin de résoudre ce litige en temps opportun par des procédures amiables et les encourageront à en user.

(3) Vertragsparteien, bei denen bis zum 12. März 1982 von Pionierunternehmen Berechtigungsanträge gestellt worden sind, gehen bei diesen Anträgen nach den in Teil I der Anlage zu diesem Übereinkommen festgelegten Verfahren vor.

3. The Parties with whom applications for authorizations have been made by PEEs on or before March 12, 1982 shall follow the procedures set out in Part I of the Schedule hereto in respect of such applications.

3. Les Parties auprès desquelles les Opérateurs Ante Legem ont déposé des demandes d'autorisation au plus tard le 12 Mars 1982 suivront la procédure énoncée dans la 1^{ère} Partie de l'Annexe au présent Accord en ce qui concerne lesdites demandes.

(4) Die Vertragsparteien konsultieren einander

4. The Parties shall consult together:

4. Les Parties se consulteront:

a) zu dem Zweck, die Durchführung dieses Übereinkommens zu koordinieren und zu überprüfen;

(a) with a view to coordinating and reviewing implementation of this Agreement;

(a) en vue de coordonner et de suivre l'application du présent Accord;

b) vor Erteilung einer Berechtigung aufgrund ihrer jeweiligen Rechtsvorschriften über Unternehmungen auf dem Tiefseeboden;

(b) before issuing any authorization under their respective laws relating to deep sea bed operations;

(b) avant de délivrer toute autorisation en vertu de leurs législations respectives concernant les opérations sur les grands fonds marins;

c) hinsichtlich der Prüfung einer etwaigen Übereinkunft zur Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung der Berechtigungen, wobei davon ausgegangen wird, daß eine derartige Übereinkunft nicht vor dem 1. Januar 1983 in Kraft tritt;

(c) in regard to consideration of any arrangement to facilitate mutual recognition of such authorizations, it being understood that any such arrangement shall not enter into force before January 1, 1983;

(c) en ce qui concerne tout arrangement envisagé pour faciliter la reconnaissance mutuelle de ces autorisations, étant entendu qu'aucun arrangement de ce type n'entrera en vigueur avant le 1^{er} Janvier 1983;

d) vor Abschluß einer sonstigen zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkunft zwischen ihnen oder mit anderen Staaten über Unternehmungen auf dem Tiefseeboden.

(d) before entering into any other bilateral or any multilateral arrangement between themselves or any arrangement with other States, with respect to deep sea bed operations.

(d) avant de conclure entre elles tout autre arrangement bilatéral ou tout arrangement multilatéral ou de conclure tout arrangement avec d'autres Etats, relatifs aux opérations sur les grands fonds marins.

(5) Schließen Vertragsparteien, bei denen bis zum 12. März 1982 Berechtigungsanträge von Pionierunternehmen gestellt worden sind, eine Übereinkunft zur gegenseitigen Anerkennung von Berechtigungen, die aufgrund ihrer jeweiligen Rechtsvorschriften über Unternehmungen auf dem Tiefseeboden erteilt worden sind, so wenden die betreffenden Vertragsparteien die in Teil II der Anlage zu diesem Übereinkommen festgelegten Verfahren an und stellen die darin enthaltenen Anforderungen.

5. In the event that any of the Parties with whom applications for authorizations have been made by PEEs on or before March 12, 1982 enter into an agreement for the mutual recognition of authorizations granted under their respective laws in respect of deep sea bed operations, the Parties concerned shall apply the procedures and impose the requirements set out in Part II of the Schedule hereto.

5. Si l'une des Parties auprès de laquelle des Opérateurs Ante Legem ont déposé des demandes d'autorisation au plus tard le 12 Mars 1982 conclut un accord pour la reconnaissance mutuelle des autorisations accordées en vertu des législations respectives concernant les opérations sur les grands fonds marins, les Parties intéressées appliqueront les procédures et imposeront les conditions prévues dans la 2^{ème} Partie de l'Annexe au présent Accord.

(6) Soweit es nach innerstaatlichem Recht zulässig ist, wahrt eine Vertragspartei entsprechend den in Teil III der Anlage zu dem Übereinkommen niedergelegten Grundsätzen die Vertraulichkeit der Koordinaten der Antragsfelder sowie sonstiger Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die sie von einer anderen Vertragspartei im Rahmen der Zusammenarbeit aufgrund dieses Übereinkommens vertraulich erhalten hat.

(7) Die Vertragsparteien legen alle sich aus der Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens ergebenden Streitigkeiten durch geeignete Mittel bei. Die im Streit befindlichen Vertragsparteien prüfen die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines verbindlichen Schiedsverfahrens und wenden dieses an, wenn sie sich darauf einigen.

(8) Die Anlage zu diesem Übereinkommen ist Bestandteil desselben; ihr Teil IV gilt für die Auslegung des Übereinkommens.

(9) Die Vertragsparteien dürfen keine zusätzlichen internationalen Übereinkünfte schließen, die mit diesem Übereinkommen unvereinbar sind.

(10) Dieses Übereinkommen kann durch schriftliches Einvernehmen aller Vertragsparteien geändert werden.

(11) Dieses Übereinkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

(12) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens können jederzeit mit Zustimmung aller Vertragsparteien weitere Staaten eingeladen werden, dem Übereinkommen beizutreten.

(13) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen unter Einhaltung einer Frist von 30 Tagen gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika kündigen; die Kündigung wird keinesfalls vor dem 3. Januar 1983 wirksam.

Geschehen zu Washington am 2. September 1982 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt wird; diese übermittelt jeder anderen Unterzeichnerregierung eine ordnungsgemäß beglaubigte Abschrift.

6. To the extent permissible under national law, a Party shall maintain the confidentiality of the coordinates of application areas and other proprietary or confidential commercial information received in confidence from any other Party in pursuance of cooperation under this Agreement in accordance with the principles set out in Part III of the Schedule hereto.

7. The Parties shall settle any dispute arising from the interpretation or application of this Agreement by appropriate means. The Parties to the dispute shall consider the possibility of recourse to binding arbitration and, if they agree, shall have recourse to it.

8. The Schedule hereto is an integral part of this Agreement and Part IV thereof shall apply for the interpretation of this Agreement.

9. The Parties shall not enter into any supplementary international agreement inconsistent with this Agreement.

10. This Agreement may be amended by written agreement of all the Parties.

11. This Agreement shall enter into force upon signature.

12. After entry into force of this Agreement, additional States may be invited to accede to this Agreement at any time with the consent of all Parties.

13. Any Party may denounce this Agreement on 30 days' notice to the Government of the United States of America, and in no case shall the denunciation have effect before January 3, 1983.

Done at Washington this second day of September, 1982, in the English, German and French languages, all texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Government of the United States of America, which will transmit a duly certified copy to each of the other signatory Governments.

6. Dans toute la mesure compatible avec sa législation nationale, chaque Partie préservera le caractère confidentiel des coordonnées des zones faisant l'objet des demandes et des autres informations commerciales exclusives ou confidentielles communiquées à titre confidentiel par toute autre Partie dans le cadre de la coopération en vertu du présent Accord conformément aux principes énoncés dans la 3^{ème} Partie de l'Annexe audit Accord.

7. Les Parties régleront tout différend né de l'interprétation ou de l'application du présent Accord par les moyens appropriés. Les Parties au différend examineront la possibilité de recourir à un arbitrage obligatoire et, si elles en conviennent, elles y auront recours.

8. L'Annexe au présent Accord fait partie intégrante dudit Accord et sa quatrième partie sera applicable pour l'interprétation de celui-ci.

9. Les Parties ne concluront aucun Accord international complémentaire incompatible avec le présent Accord.

10. Le présent Accord peut être modifié par accord écrit de toutes les Parties.

11. Le présent Accord entrera en vigueur à la date de la signature.

12. Après l'entrée en vigueur du présent Accord, d'autres Etats peuvent être invités à y adhérer à tout moment avec le consentement de toutes les Parties.

13. Toute Partie peut dénoncer le présent Accord moyennant un préavis de 30 jours adressé au Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, la dénonciation ne pouvant en aucun cas prendre effet avant le 3 Janvier 1983.

Fait à Washington le deux Septembre 1982 en langues française, allemande et anglaise, chaque texte faisant également foi, en un exemplaire unique qui sera déposé dans les archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, lequel en transmettra une copie certifiée conforme à chacun des autres Gouvernements signataires.

Anlage**The Schedule****Annexe****Teil I****Part I****1^{ère} Partie****Antragsverfahren
für Pionierunternehmer****Application Procedures
for Pre-Enactment Explorers****Procédures relatives aux demandes
de permis des Opérateurs Ante Legem**

(1) Jede Vertragspartei nach Absatz 3 des Übereinkommens teilt den anderen Vertragsparteien umgehend mit, welche Rechtsträger bei ihr Anträge eingereicht haben.

1. Each Party as provided in paragraph 3 of the Agreement shall forthwith inform the other Parties of entities which have filed applications with it.

1. Conformément au paragraphe 3 de l'Accord, chaque Partie fera connaître immédiatement aux autres Parties les entités qui ont déposé des demandes auprès d'elle.

(2) Jeder bis zum 12. März 1982 eingereichte Antrag gilt als an diesem Tag eingereicht.

2. Any application filed on or before March 12, 1982 shall be deemed to be filed on that date.

2. Toute demande déposée au plus tard le 12 Mars 1982 sera réputée avoir été déposée à cette date.

(3) Jede Vertragspartei stellt mit gebotener Eile fest,

3. Each Party shall with all dispatch determine whether:

3. Chaque Partie établira avec la plus grande diligence si:

a) ob jeder bei ihr eingereichte Antrag ihre innerstaatlichen Vorschriften erfüllt;

(a) each application filed with it fulfills its domestic requirements;

(a) toute demande déposée auprès d'elle remplit les conditions imposées au niveau national;

b) ob der Antragsteller hinsichtlich des beantragten Feldes ein Pionierunternehmer ist (ein Antragsteller, der im Namen eines Pionierunternehmers einen Antrag einreicht, gilt für diesen Antrag selbst als Pionierunternehmer);

(b) the applicant is a PEE with respect to the area applied for (an applicant filing on behalf of a PEE shall itself be deemed a PEE for that application);

(b) le demandeur est un Opérateur Ante Legem pour la zone faisant l'objet de la demande (un demandeur déposant une demande pour le compte d'un Opérateur Ante Legem sera lui-même réputé être en ce qui concerne cette demande un Opérateur Ante Legem);

c) ob das Feld durch eine ununterbrochene Begrenzungslinie eingegrenzt ist;

(c) the area is bounded by a continuous boundary;

(c) la zone est délimitée par une ligne continue;

d) ob das Feld eine angemessen geschlossene Form aufweist.

(d) the area is reasonably compact.

(d) la zone est raisonnablement compacte.

(4) Jede Vertragspartei

4. Each Party shall:

4. Chaque Partie:

a) notifiziert den anderen Vertragsparteien die Ergebnisse des Eingangsverfahrens nach Absatz 3;

(a) notify the other Parties of the results of the initial processing under paragraph 3 above;

(a) notifiera aux autres Parties les résultats de l'examen préalable de la demande en vertu du paragraphe 3 ci-dessus;

b) stellt mit den anderen Vertragsparteien das endgültige Verzeichnis der Anträge auf, auf die sich dieses Übereinkommen bezieht;

(b) with the other Parties establish the final list of applications to which this Agreement applies;

(b) établira avec les autres Parties la liste définitive des demandes auxquelles s'applique le présent Accord;

c) teilt den anderen Vertragsparteien mit, ob der Antragsteller dasselbe Feld oder im wesentlichen dasselbe Feld bei einer oder mehreren anderen Vertragsparteien beantragt hat;

(c) inform the other Parties whether the applicant has applied for the same area, or substantially the same area, to one or more other Parties;

(c) fera connaître aux autres Parties si le demandeur a déposé une demande pour la même zone, ou une zone sensiblement identique, auprès d'une ou plusieurs autres Parties;

d) teilt mit Zustimmung des Antragstellers den anderen Vertragsparteien die Koordinaten des Feldes mit, das in einem bei ihr eingereichten Antrag festgelegt ist;

(d) if the applicant agrees, inform the other Parties of the coordinates of the area specified in any application filed with it;

(d) si le demandeur consent, informera les autres Parties des coordonnées de la zone indiquée dans la demande qui a été déposée auprès d'elle;

e) bemüht sich, jeden Konflikt örtlich genau zu bestimmen.

(e) endeavor to determine the exact locations of any conflicts.

(e) s'efforcera de localiser avec précision les zones litigieuses.

(5) Die Vertragsparteien erteilen vor dem 3. Januar 1983 keine Berechtigung.

5. No Party shall issue any authorization before January 3, 1983.

5. Aucune Partie ne délivrera d'autorisation avant le 3 Janvier 1983.

(6) Nachdem eine Vertragspartei von den betreffenden Koordinaten Kenntnis erlangt hat, teilt sie jedem ihrer Antragsteller, der an einem Konflikt beteiligt ist, das Bestehen eines Konflikts mit. In der Mitteilung sind die Koordinaten anzugeben, welche die vom Konflikt betroffenen Felder kennzeichnen, sowie die Identität jedes Antragstellers, mit dem sich ein Konflikt ergeben hat.

6. Where it is informed of the relevant coordinates, each Party shall notify each of its applicants who is involved in a conflict that a conflict exists. Such notification shall include coordinates identifying the areas in conflict and the identity of each applicant with whom conflict has arisen.

6. Une fois informée des coordonnées pertinentes, chaque Partie notifiera à chacun de ses demandeurs impliqués dans un litige l'existence de ce litige. Cette notification indiquera les coordonnées définissant les zones litigieuses et l'identité de chaque demandeur partie au litige.

(7) Jede Vertragspartei stellt sicher, daß interne Konflikte nach ihren jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften gelöst werden. Mit Zustimmung der Antragsteller können interne Konflikte nach den in dieser Anlage bezeichneten internationalen Konfliktlösungsverfahren gelöst werden. Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, wenn es den Anschein hat, daß sich die Lösung eines internen Konflikts und die internationalen Konfliktlösungsverfahren gegenseitig beeinflussen können.

(8) 1. Die Vertragsparteien nehmen Änderungen von Anträgen, auf die sich dieses Übereinkommen bezieht, nur an,

a) wenn sie sich auf Felder beziehen, hinsichtlich deren der Antragsteller ein Pionierunternehmer ist (das in der Änderung beantragte Feld braucht nicht an das im ursprünglichen Antrag beantragte Feld anzugrenzen), und

b) wenn sie vorgenommen werden, um einen bestehenden Konflikt in bezug auf den betreffenden Antrag zu lösen.

2. Jede Vertragspartei behandelt die gemäß diesem Absatz eingereichten Änderungen nach Maßgabe der in den vorstehenden Bestimmungen dieses Teiles beschriebenen Verfahren; die Absätze 2, 3 Buchstaben c und d sowie 4 Buchstabe c finden jedoch auf Änderungen keine Anwendung.

3. Nach diesem Absatz eingereichte Änderungen können entsprechend den Bestimmungen einer Übereinkunft, die von Vertragsparteien nach Absatz 5 des Übereinkommens geschlossen wurde, gegenseitig anerkannt werden.

Teil II

Konfliktlösung für Pionierunternehmer

(9) 1. Im Fall eines internationalen Konflikts bieten die Vertragsparteien ihre guten Dienste an, um den Antragstellern zu helfen, den Konflikt durch freiwillig vereinbarte Verfahren zu lösen.

2. Falls innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten einer Übereinkunft zwischen den Vertragsparteien im Sinne des Absatzes 5 des Übereinkommens trotz der guten Dienste der Vertragsparteien alle an einem internationalen Konflikt beteiligten Antragsteller den Konflikt nicht gelöst haben und nicht Parteien einer schriftlichen Einigung über die Unterwerfung des Konflikts unter ein bestimmtes verbindliches Konfliktlösungsverfahren sind, wird der Konflikt durch ein verbindliches Schiedsverfahren nach den Anhängen 1 und 2 gelöst, wenn eine Vertragspartei dies beantragt.

3. Die in den Anhängen vorgesehenen Verfahren beginnen zehn Tage nach

7. Each Party shall ensure that domestic conflicts are resolved pursuant to its respective domestic requirements. Upon agreement of the applicants, domestic conflicts may be resolved in accordance with the international conflict resolution procedures specified in the Schedule. The Parties shall enter into consultations if it appears that the resolution of a domestic conflict might affect the international conflict resolution procedures, or *vice versa*.

8. (1) Each Party shall accept amendments to applications to which this Agreement applies only if they:

(a) pertain to areas with respect to which the applicant is a PEE (the area applied for in an amendment need not be adjacent to the area applied for in the original application); and

(b) are made in order to resolve an existing conflict with respect to that application.

(2) Each Party shall process any amendment filed pursuant to this paragraph in accordance with the procedures described in the foregoing provisions of this Part except that paragraphs 2, 3(c), 3(d), and 4(c) shall not apply to amendments.

(3) Amendments filed under paragraph 8 of the Schedule shall be eligible for mutual recognition in accordance with the terms of an agreement entered into by any of the Parties pursuant to paragraph 5 of the Agreement.

Part II

Conflict Resolution for Pre-Enactment Explorers

9. (1) Where there is an international conflict, the Parties shall use their good offices to assist the applicants to resolve the conflict by voluntary procedures.

(2) If, within six months from the entry into force of an agreement between the Parties referred to in paragraph 5 of the Agreement, notwithstanding the good offices of the Parties, all applicants involved in an international conflict have not resolved that conflict, or are not parties to a written agreement submitting the conflict to a specified binding conflict resolution procedure, the conflict shall be resolved by binding arbitration in accordance with Appendices 1 and 2 if a Party so elects.

(3) The procedures provided in the Appendices shall commence ten days

7. Chaque Partie veillera à ce que les litiges internes soient résolus en conformité avec sa législation nationale. Lorsque les demandeurs y consentiront, les litiges internes pourront être résolus conformément aux procédures de solution des litiges internationaux prévues à la présente Annexe. Les Parties devront engager des consultations s'il apparaît que la solution d'un litige interne pourrait avoir une incidence sur les procédures de solution des litiges internationaux, ou *vice versa*.

8. (1) Chacune des Parties n'acceptera d'amendements aux demandes auxquelles s'applique le présent Accord que si:

(a) ils concernent des zones pour lesquelles le demandeur est un Opérateur Ante Legem (la zone faisant l'objet d'un amendement ne doit pas nécessairement être contiguë à la zone faisant l'objet de la demande initiale); et

(b) ils sont faits afin de régler un litige en cours relatif à cette demande.

(2) Chaque Partie examinera tout amendement déposé en vertu du présent paragraphe conformément aux procédures indiquées dans les dispositions précédentes de la présente Partie, à l'exception des paragraphes 2, 3 (c), 3 (d) et 4 (c) qui ne s'appliqueront pas aux amendements.

(3) Les amendements ainsi déposés feront l'objet d'une reconnaissance mutuelle conformément aux termes des accords conclus par les Parties en vertu du paragraphe 5 de l'Accord.

II^{ème} Partie

Solution des litiges pour les Opérateurs Ante Legem

9. (1) Dans le cas d'un litige international, les Parties useront de leurs bons offices afin d'aider les demandeurs à régler le litige par des procédures amiables.

(2) Si dans un délai de six mois après l'entrée en vigueur d'un accord entre les Parties tel que prévu au paragraphe 5 de l'Accord en dépit des bons offices des Parties, tous les demandeurs impliqués dans un litige international n'ont pas résolu ce litige, ou ne sont pas parties à un accord écrit soumettant le litige à une procédure particulière de solution obligatoire, le litige sera réglé par un arbitrage obligatoire conformément aux Appendices 1 et 2 si une Partie en décide ainsi.

(3) Les procédures prévues dans les Appendices commenceront dix jours

dem Zeitpunkt, in dem eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei oder den anderen Vertragsparteien ihren Beschluß zur Inanspruchnahme eines Schiedsverfahrens notifiziert hat.

after a Party notifies the other Party or Parties of the decision to elect arbitration.

après la date à laquelle une Partie notifiera à l'autre ou aux autres Parties sa décision de recourir à l'arbitrage.

Teil III

Grundsätze der Vertraulichkeit

(10) Bei Durchführung der Bestimmungen des Absatzes 6 des Übereinkommens wenden die Vertragsparteien folgende Grundsätze an:

- a) Die Vertraulichkeit der Koordinaten der Antragsfelder wird so lange gewahrt, bis ein Konflikt, von dem ein solches Feld betroffen ist, gelöst und die entsprechende Berechtigung erteilt wird, sofern nicht nachgewiesene zwingende Interessen an einer Kenntnisnahme und hinreichende Zusicherungen vorliegen, daß die Vertraulichkeit der Information vom Empfänger gewahrt wird;
- b) die Vertraulichkeit sonstiger Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse wird im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht so lange gewahrt, wie die mitgeteilten Informationen diese Eigenschaft behalten.

Part III

Principles of Confidentiality

10. In implementing the provisions of paragraph 6 of the Agreement, Parties shall apply the following principles:

- (a) The confidentiality of the coordinates of application areas shall be maintained until any conflict involving such area is resolved and the relevant authorization is issued, except on the basis of a demonstrated need to know and adequate assurances that the confidentiality of the information shall be maintained by the recipient;
- (b) The confidentiality of other proprietary or confidential commercial information shall be maintained in accordance with domestic law as long as such information retains its character as such.

III^{ème} Partie

Principes de confidentialité

10. Lors de la mise en œuvre des dispositions du paragraphe 6 de l'Accord, les Parties appliqueront les principes suivants:

- (a) Le caractère confidentiel des coordonnées de toute zone faisant l'objet d'une demande sera préservé jusqu'à la solution de tout litige concernant cette zone et jusqu'à la délivrance de l'autorisation correspondante, sauf besoin démontré d'en connaître et assurance adéquate de la part de celui à qui ces informations sont communiquées quant au maintien de leur caractère confidentiel.
- (b) Le caractère confidentiel des autres informations commerciales exclusives ou confidentielles sera préservé conformément au droit national tant que ces informations demeureront telles.

Teil IV

Begriffsbestimmungen

(11) In diesem Übereinkommen

- a) bedeutet „Tätigkeiten“ Arbeiten, Einsatz von Mitteln, Untersuchungen, Feststellungen, Forschung, technische Planung sowie sonstige Tätigkeiten, die sich auf Erkennung, Auffinden, systematische Auswertung und Bewertung polymetallischer Knollen sowie auf die Feststellung der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeit einer Gewinnung beziehen;
- b) bedeutet „Berechtigung“ jede nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften einer Vertragspartei erteilte Erlaubnis, Bewilligung oder sonstige Berechtigung, die den Inhaber berechtigt, Unternehmungen auf dem Tiefseeboden in einem oder mehreren festgelegten Feldern zu betreiben;
- c) bedeutet „Konflikt“ das Vorliegen mehrerer von verschiedenen Antragstellern im Rahmen dieses Übereinkommens eingereichter Anträge oder Antragsänderungen,
 1. die bei einer Vertragspartei oder bei mehreren Vertragsparteien eingereicht werden und
 2. bei denen sich die beantragten Tiefseebodenfelder ganz oder teilweise überschneiden, für den sich überschneidenden Teil;

Part IV

Definitions

11. In this Agreement:

- (a) "activities" means the undertakings, commitments of resources, investigations, findings, research, engineering development, and other activities relevant to the identification, discovery, and systematic analysis and evaluation of polymetallic nodules and to the determination of the technical and economic feasibility of exploitation;
- (b) "authorization" means any license, permit, or other authorization issued under the national law of a Party which authorizes the holder to engage in deep sea bed operations in a specified area or areas;
- (c) "conflict" means the existence of more than one application or amendment covered by this Agreement submitted by different applicants:
 - (1) whether filed with the same Party or with more than one Party; and
 - (2) in which the deep sea bed areas applied for overlap in whole or part, to the extent of the overlap;

IV^{ème} Partie

Définitions

11. Dans le présent Accord:

- (a) le terme «activités» désigne les opérations, engagements de ressources, investigations, découvertes, recherches, études d'ingénierie et autres activités concernant l'identification, la découverte, l'analyse et l'évaluation systématiques de nodules polymétalliques ainsi que la détermination des possibilités techniques et économiques d'exploitation;
- (b) le terme «autorisation» désigne toute licence, tout permis ou toute autre autorisation délivrés en vertu de la législation nationale d'une Partie, qui autorise le titulaire à s'engager dans des opérations dans une ou des zones déterminées des grands fonds marins;
- (c) le terme «litige» désigne l'existence de plus d'une demande ou de plus d'un amendement régis par le présent Accord et déposés par des demandeurs différents:
 - (1) auprès de la même Partie ou auprès de deux ou plusieurs Parties; et
 - (2) dans lesquelles les zones de grands fonds marins faisant l'objet de la demande se recouvrent en totalité ou en partie, le litige portant sur la zone de recouvrement.

bedeutet „internationaler Konflikt“ einen Konflikt, der sich aus Anträgen oder Antragsänderungen ergibt, die bei mehreren Vertragsparteien eingereicht werden;

bedeutet „interner Konflikt“ jeden sonstigen Konflikt;

d) ist ein „Pionierunternehmen“ ein Rechtsträger, der vor dem Zeitpunkt des Erlasses der ersten innerstaatlichen Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Aufsuchung polymetallischer Knollen des Tiefseebodens mit erheblichen Prospektionstätigkeiten in bezug auf das beantragte Feld betrieben hat, und

e) bedeutet „polymetallische Knollen“ jede Ablagerung oder Ansammlung auf oder unmittelbar unter der Oberfläche des Tiefseebodens, die aus Mangan, Nickel, Kobalt oder Kupfer enthaltenden Knollen besteht.

“international conflict” means a conflict arising from applications or amendments filed with more than one Party;

“domestic conflict” means any other conflict;

(d) a “pre-enactment explorer” (“PEE”) is an entity which was engaged, prior to the earliest date of enactment of domestic legislation by any Party, in deep sea bed polymetallic nodule exploration by substantial surveying activity with respect to the area applied for; and

(e) “polymetallic nodules” means any deposit or accretion on or just below the surface of the deep sea bed consisting of nodules which contain manganese, nickel, cobalt, or copper.

L'expression «litige international» désigne un litige résultant de demandes ou d'amendements déposés auprès de deux ou plusieurs Parties.

L'expression «litige interne» désigne tout autre litige;

(d) l'expression Opérateur Ante Legem désigne une entité qui, avant la date de la première promulgation d'une législation nationale par une Partie quelconque à l'Accord, était engagée dans l'exploration de nodules polymétalliques des grands fonds marins en raison d'une activité de prospection importante relative à la zone objet de la demande;

(e) l'expression «nodules polymétalliques» désigne tout dépôt ou toute concrétion sur la surface ou juste sous la surface des grands fonds marins, consistant en nodules qui contiennent du manganèse, du nickel, du cobalt ou du cuivre.

Anhang 1

Schiedsverfahren

(1) In diesem Anhang bedeutet „Vertragspartei“ eine Vertragspartei dieses Übereinkommens, die auch an dem Schiedsverfahren beteiligt ist, und umfaßt „andere Vertragspartei“ eine solche Vertragspartei oder solche Vertragsparteien.

(2) Die Parteien, die den Streitfall vorbringen, sind bestrebt, sich binnen sechzig Tagen nach Ablauf der, in Absatz 9 Nummer 3 der Anlage vorgesehenen Frist von zehn Tagen schriftlich auf drei Schiedsrichter oder, falls sie übereinkommen, nur einen Schiedsrichter zu benennen, auf diesen einen Schiedsrichter zu einigen.

(3) Jede Vertragspartei kann gegen die nach Absatz 2 erfolgte Wahl eines oder mehrerer Schiedsrichter durch schriftliche Anzeige, die bei der anderen Vertragspartei binnen dreißig Tagen nach Ablauf der in Absatz 2 vorgesehenen Frist eingehen muß, Einspruch erheben. Bei Einspruch einer Vertragspartei gegen einen Schiedsrichter kann die andere Vertragspartei, wenn drei Schiedsrichter nach Absatz 2 gewählt worden sind, gegen einen der anderen Schiedsrichter oder gegen beide durch schriftliche Anzeige, die bei der anderen Vertragspartei binnen fünfzehn Tagen nach Ablauf der in Satz 1 vorgesehenen Frist eingehen muß, Einspruch erheben.

(4) Erhebt eine Vertragspartei gegen die Wahl eines Schiedsrichters nach Absatz 3 Einspruch oder wird ein Schiedsrichter handlungsunfähig, so sind die Parteien, die den Streitfall vorbringen,

Appendix 1

Arbitration Procedure

1. In this Appendix, “Party” means a Party to this Agreement which is also concerned in the arbitration, and “other Party” includes any such Party or Parties.

2. The parties presenting the case shall seek to agree in writing within sixty days after the expiry of the ten-day period provided by paragraph 9(3) of the Schedule on three arbitrators, or, if they agree to have only one arbitrator, on that one arbitrator.

3. Any Party may object to the choice of any arbitrator or arbitrators under paragraph 2, by written notice received by the other Party within thirty days after the expiry of the period provided by paragraph 2 above. Upon objection to any arbitrator by a Party, the other Party may, when three arbitrators have been chosen under paragraph 2, object to either or both of the other arbitrators by written notice received by the other Party within fifteen days after the expiry of the period provided by the immediately preceding sentence.

4. If a Party objects to the choice of any arbitrator in accordance with paragraph 3 or if an arbitrator becomes unable to act, the parties presenting the case shall seek to agree on a replacement in writing

Appendice 1

Procédure d'arbitrage

1. Dans le présent Appendice, le terme «Partie» signifie une Partie au présent Accord qui est également concernée par l'arbitrage et les mots «autre Partie» peuvent désigner une ou plusieurs Parties.

2. Les Parties soumettant l'affaire s'efforceront de convenir par écrit, dans les soixante jours suivant l'expiration de la période de dix jours prévue au paragraphe 9 (3) de l'Annexe, du choix de trois arbitres ou, si elles conviennent de n'avoir qu'un arbitre, du choix de cet arbitre.

3. Toute Partie peut récuser un ou plusieurs arbitres choisis conformément au paragraphe 2, par notification écrite qui doit parvenir à l'autre Partie dans les trente jours suivant l'expiration de la période prévue au paragraphe 2 ci-dessus. En cas de récusation d'un arbitre par une Partie, l'autre Partie peut, lorsque trois arbitres ont été choisis conformément au paragraphe 2, récuser l'un des deux autres arbitres ou les deux par notification écrite qui doit parvenir à l'autre Partie dans les quinze jours suivant l'expiration de la période prévue par la phrase immédiatement précédente.

4. Si une Partie récuse le choix d'un arbitre conformément au paragraphe 3 ou si un arbitre est empêché, les Parties soumettant l'affaire s'efforceront de convenir d'un remplaçant par écrit dans les

bestrebt, sich binnen sechzig Tagen nach Eingang des schriftlichen Einspruchs oder nach dem Zeitpunkt, in dem der Schiedsrichter handlungsunfähig wird, schriftlich auf einen Ersatzschiedsrichter zu einigen.

Wird eine Einigung erzielt, so kann eine Vertragspartei gegen die Wahl des Ersatzschiedsrichters durch schriftliche Anzeige, die bei der anderen Vertragspartei binnen dreißig Tagen eingehen muß, Einspruch erheben. Haben die Parteien, die den Streitfall vorbringen, keine Einigung erzielt oder erhebt eine Vertragspartei gegen die Wahl eines Ersatzschiedsrichters nach diesem Absatz Einspruch, so ernannt der Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs unverzüglich einen Ersatzschiedsrichter.

(5) Gelingt es den Parteien, die den Streitfall vorbringen, nicht, sich innerhalb der in Absatz 2 vorgesehenen Frist auf drei Schiedsrichter (oder einen Schiedsrichter) zu einigen, so werden auf Ersuchen einer Vertragspartei vom Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs unverzüglich drei Schiedsrichter ernannt.

(6) Ein vom Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs ernannter Schiedsrichter darf nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei sein; er muß über internationales Ansehen und Fachkenntnisse verfügen sowie persönliche Eigenschaften besitzen, die ihn hinsichtlich des Streitgegenstands eine unparteiische Stellung einnehmen lassen. Bei seiner Wahl soll sich der Generalsekretär nicht auf ein bestimmtes Verzeichnis von Schiedsrichtern beschränken. Die Ernennungen durch den Generalsekretär sind nicht anfechtbar.

(7) Soweit in Anhang 2 oder anderen einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens keine Regelung getroffen ist, wenden der oder die Schiedsrichter im Einklang mit Anhang 2 die von den Vertragsparteien anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze an, mit denen, wenn der Streitfall von einer oder mehreren Vertragsparteien vorgebracht wird, die von den Vertragsparteien anerkannten allgemeinen Grundsätze des geltenden Völkerrechts gemeint sind.

(8) Der oder die Schiedsrichter entscheiden über ihren Sitz und geben sich in Konsultationen mit den Parteien, die den Streitfall vorbringen, und im Einklang mit diesem Anhang eine Verfahrensordnung.

(9) Der Streitfall wird von einer Vertragspartei oder nach ihrem Ermessen von ihren an dem Konflikt beteiligten Antragstellern vorgebracht; beide Seiten des Streitfalls werden so vertreten, wie sie es für zweckmäßig halten.

(10) Eine Vertragspartei kann dem Verfahren von Rechts wegen beitreten.

(11) Ein Schiedsrichter darf sich bei der Abstimmung über den Schiedsspruch

within sixty days after receipt of the notice of objection or after the date when the arbitrator becomes unable to act.

If agreement is reached, a Party may object to the choice of a replacement by written notice received by the other Party within thirty days. If the parties presenting the case have not reached agreement, or if a Party objects to the choice of a replacement in accordance with this paragraph, the Secretary-General of the Permanent Court of Arbitration shall appoint a replacement without delay.

5. If the parties presenting the case fail to agree on three arbitrators (or an arbitrator) within the period provided by paragraph 2, three arbitrators shall, on request of a Party, be appointed without delay by the Secretary-General of the Permanent Court of Arbitration.

6. Any arbitrator appointed by the Secretary-General of the Permanent Court of Arbitration shall not be a citizen of a Party, shall have international standing and expertise, and shall have personal characteristics which place him in a neutral position with respect to the subject of the dispute. The Secretary-General shall not be confined to any particular list of arbitrators in making this selection. Appointments by the Secretary-General shall not be open to challenge.

7. Insofar as any matter is not dealt with by Appendix 2 and other relevant provisions of this Agreement, the arbitrator or arbitrators shall, consistent with Appendix 2, be guided by the general principles of law as recognized by the Parties, which, where the case is presented by a Party or Parties means the general principles of public international law (*lex lata*) as recognized by the Parties.

8. The arbitrator or arbitrators shall decide where he or they shall sit and shall, in consultation with the parties presenting the case, adopt rules of procedure consistent with this Appendix.

9. The case will be presented by a Party or by its applicants involved in the conflict, at the option of the Party and each side of the case shall be represented as it sees fit.

10. A Party may intervene as of right.

11. An arbitrator may not abstain from voting on the award. If there are three

soixante jours suivant réception de la récusation ou la date d'empêchement de l'arbitre.

En cas d'accord, toute Partie peut récuser le choix d'un remplaçant par notification écrite reçue par l'autre Partie dans les trente jours. Si les Parties soumettant l'affaire ne sont pas parvenues à un accord ou si une Partie récuse le choix d'un remplaçant conformément au présent paragraphe, le Secrétaire général de la Cour permanente d'arbitrage nommera un remplaçant sans retard.

5. Si les Parties soumettant l'affaire ne parviennent pas à un accord sur le choix de trois arbitres (ou d'un arbitre) dans le délai prévu au paragraphe 2, trois arbitres seront nommés sans retard à la demande de l'une des Parties par le Secrétaire général de la Cour permanente d'arbitrage.

6. Un arbitre nommé par le Secrétaire général de la Cour permanente d'arbitrage devra n'être ressortissant d'aucune des Parties, être une personnalité de compétence technique et de réputation internationales et avoir un profil personnel qui le place dans une position de neutralité par rapport à l'objet du différend. Dans le choix des arbitres, le Secrétaire général ne sera pas obligé de s'en tenir à une liste particulière d'arbitres. Les nominations faites par le Secrétaire général ne pourront pas faire l'objet de contestation.

7. Dans la mesure où une question n'est pas réglée par l'Appendice 2 et par d'autres dispositions pertinentes du présent Accord, l'arbitre ou les arbitres s'inspireront de manière compatible avec l'Appendice 2 des principes généraux du droit reconnus par les Parties; ce qui, lorsque l'affaire est présentée par une Partie ou par des Parties, signifie les principes généraux du droit international public (droit positif) reconnu par les Parties.

8. Le ou les arbitres fixeront le lieu où ils siégeront et adopteront, en consultation avec les Parties soumettant l'affaire, des règles de procédure compatibles avec le présent Appendice.

9. L'affaire sera soumise par une Partie ou par ses demandeurs impliqués dans le litige, au choix de la Partie, et chaque requérant sera représenté comme il l'entend.

10. Toute Partie pourra intervenir de plein droit.

11. Un arbitre ne doit pas s'abstenir lors du vote de la sentence. S'il y a trois arbitres

nicht der Stimme enthalten. Bei drei Schiedsrichtern wird der Schiedsspruch mit Stimmenmehrheit gefällt.

(12) Der Spruch des Schiedsrichters oder der Schiedsrichter wird binnen einem Jahr nach der endgültigen Ernennung des Schiedsrichters oder der Schiedsrichter gefällt, sofern alle Vertragsparteien oder den Streitfall vorbringenden Parteien nichts anderes vereinbaren oder sofern der oder die Schiedsrichter nicht aus gutem Grund die Frist für das Fällen des Schiedsspruchs um eine oder mehrere Fristen von 30 Tagen, höchstens jedoch um 120 Tage, verlängern.

Der Schiedsspruch ist endgültig und für die am Konflikt beteiligten Antragsteller und die Vertragsparteien verbindlich; er wird von den Vertragsparteien vollstreckt. Die am Konflikt beteiligten Antragsteller reichen unverzüglich Änderungen zu ihren Anträgen im Einklang mit dem Schiedsspruch ein. Binnen zwei Monaten nach dem Schiedsspruch kann eine Vertragspartei oder ein am Schiedsverfahren beteiligter Antragsteller um eine Auslegung des Schiedsspruchs ersuchen. Die Auslegung erfolgt binnen vier Monaten nach dem Ersuchen.

(13) Die Kosten des Schiedsverfahrens einschließlich der Vergütung der Schiedsrichter werden von den Parteien getragen, die den Streitfall vorbringen. Sofern der oder die Schiedsrichter wegen der besonderen Umstände des Falles nicht anders entscheiden, tragen die Parteien, die den Streitfall vorbringen, die Kosten zu gleichen Teilen.

(14) Ist ein Antragsteller einer Vertragspartei an Konflikten mit zwei oder mehr Antragstellern aus zwei oder mehr Staaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, beteiligt, so wird nach Kräften eine Zusammenlegung der Schiedsverfahren angestrebt.

arbitrators, their award shall be made by a majority vote.

12. The award of the arbitrator or arbitrators shall be rendered within one year from the date of the final appointment of the arbitrator or arbitrators unless all Parties or parties presenting the case otherwise agree or unless the arbitrator or arbitrators for good cause extend the deadline for the making of the award for one or more 30 day periods, in any case not to exceed 120 days.

The award shall be final and binding on the applicants involved in the conflict and on the Parties and shall be enforced by the Parties. The applicants involved in the conflict shall without delay file amendments to their applications consistent with the arbitral award. Within two months of the date of the award, a Party or any applicant represented in the arbitration may request an interpretation of the award. Such interpretation shall be provided within four months of the request.

13. The expense of the arbitration, including the remuneration of the arbitrators, shall be borne by the parties presenting the case. Unless the arbitrator or arbitrators determine otherwise because of the particular circumstances of the case, the parties presenting the case shall bear the expenses in equal shares.

14. If an applicant of a Party is involved in conflicts with two or more applicants of two or more States Parties to this Agreement, every effort shall be made to consolidate the arbitration proceedings.

tres, leur sentence sera prononcée par un vote majoritaire.

12. La sentence de l'arbitre ou des arbitres sera rendue dans un délai d'un an à compter de la date de la nomination définitive de l'arbitre ou des arbitres sauf si toutes les Parties ou parties soumettant l'affaire en décident autrement ou si l'arbitre ou les arbitres prolongent pour un motif valable ce délai d'une ou de plusieurs périodes de 30 jours sans que la durée totale de cette prolongation puisse en aucun cas excéder 120 jours.

La sentence sera définitive et obligera les demandeurs impliqués dans le litige ainsi que les Parties, et elle sera appliquée par les Parties. Les demandeurs impliqués dans le litige déposeront sans retard des amendements à leurs demandes compatibles avec la sentence arbitrale. Dans un délai de deux mois à compter de la date de la sentence, une Partie ou tout demandeur représenté dans l'arbitrage peut demander l'interprétation de la sentence. Cette interprétation sera fournie dans un délai de quatre mois à compter de la demande.

13. Les frais d'arbitrage, y compris la rémunération des arbitres, seront à la charge des parties soumettant l'affaire. A moins que le ou les arbitres en disposent différemment du fait des circonstances particulières de l'affaire, les parties soumettant l'affaire supporteront les frais à parts égales.

14. Si un demandeur d'une Partie est impliqué dans un litige avec deux ou plusieurs demandeurs de deux ou plusieurs Etats, Parties au présent Accord, tous les efforts possibles seront faits en vue de fusionner les procédures arbitrales.

Anhang 2

Grundsätze für die Konfliktlösung

(1) Bei der Entscheidung der Frage, welchem an einem Konflikt beteiligten Antragsteller ein vom Konflikt betroffenes Feld ganz oder teilweise zugesprochen werden soll, hat das Schiedsgericht eine Lösung herbeizuführen, die gerecht und billig ist, wobei es hinsichtlich jedes an dem Konflikt beteiligten Antragstellers folgende Umstände berücksichtigt:

- a) die Stetigkeit und das Ausmaß der Tätigkeiten in bezug auf jedes von dem Konflikt betroffene Feld und auf das Antragsfeld, zu dem es gehört;
- b) den Zeitpunkt, zu dem jeder an dem Konflikt beteiligte Antragsteller, sein Rechtsvorgänger oder eine seiner Unternehmenseinheiten im Antragsfeld Tätigkeiten auf See begonnen hat;
- c) die finanziellen Aufwendungen, gemessen als inflationsbereinigte Größe, für Tätigkeiten in bezug auf jedes von dem Konflikt betroffene Feld und auf das Antragsfeld, zu dem es gehört;
- d) den Zeitabschnitt, in dem die Tätigkeiten durchgeführt wurden, und die Qualität der Tätigkeiten sowie
- e) alle weiteren Umstände, die das Schiedsgericht für sachdienlich hält, jedoch unter Ausschluß einer Prüfung der künftigen Arbeitsprogramme der an dem Konflikt beteiligten Antragsteller.

(2) Bei der Prüfung der in Absatz 1 bezeichneten Umstände nimmt das Schiedsgericht alle Beweise auf, die sich auf die bis zum 1. Januar 1982 durchgeführten Tätigkeiten nach Absatz 1 beziehen, und beschränkt sich, außer für Zwecke der Aufteilung nach Absatz 3, auf diese Beweise; ein Antragsteller muß jedoch als Voraussetzung für die Vorlage weiterer Beweise für Tätigkeiten im Konfliktfeld dem Schiedsgericht nachweisen, daß er vor dem 28. Juni 1980 im Konfliktfeld Prospektion auf See vorgenommen hatte.

(3) In seiner Entscheidung kann das Schiedsgericht das gesamte von dem Konflikt betroffene Feld einem einzelnen an dem Konflikt beteiligten Antragsteller zusprechen oder aber das Feld unter einige oder alle an dem Konflikt beteiligten Antragsteller aufteilen. Entscheidet das Schiedsgericht in Anwendung der Bestimmungen des Absatzes 1, daß das von dem Konflikt betroffene Feld aufgeteilt werden soll, so teilt das Schiedsgericht, soweit dies mit der Anwendung dieser Bestimmungen durch das Schiedsgericht irgend vereinbar ist, das Feld derart auf, daß das Arbeitsprogramm im Antrag jedes Antragstellers, dem ein Teil des Feldes zugesprochen wird, erfüllt wird.

Appendix 2

Principles
for Resolution of Conflicts

1. In determining the issue as to which applicant involved in a conflict shall be awarded all or part of each area in conflict, the arbitral tribunal shall find a solution which is fair and equitable, having regard, with respect to each applicant involved in the conflict, to the following factors:

- (a) the continuity and extent of activities relevant to each area in conflict and the application area of which it is a part;
- (b) the date on which each applicant involved in the conflict or predecessor in interest or component organization thereof commenced activities at sea in the application area;
- (c) the financial cost of activities relevant to each area in conflict and to the application area of which it is a part, measured in constant terms;
- (d) the time when activities were carried out, and the quality of activities; and
- (e) such additional factors as the arbitral tribunal determines to be relevant, but excluding a consideration of the future plans of work of the applicants involved in the conflict.

2. When considering the factors specified in paragraph 1, the arbitral tribunal shall hear, and shall, except for purposes of apportionment pursuant to paragraph 3, limit its consideration to all evidence based on the activities specified in paragraph 1, which were conducted on or before January 1, 1982, provided, however, that an applicant must prove at-sea prospecting in the conflict area prior to June 28, 1980 as a pre-condition to presentation of further evidence to the arbitral tribunal regarding activities in the conflict area.

3. In making its determination, the arbitral tribunal may award the entire area in conflict to one applicant involved in the conflict, or the arbitral tribunal may apportion the area among any or all of the applicants involved in the conflict. If, after applying the provisions of paragraph 1 of this Appendix, the arbitral tribunal determines the area in conflict should be apportioned, then the arbitral tribunal shall, to the maximum extent practicable consistent with its application of those provisions, apportion the area in a manner designed to satisfy the plan of work set forth in the application of each applicant which is awarded part of the area.

Appendice 2

Principes de solution des litiges

1. Pour déterminer à quel demandeur impliqué dans un litige sera attribué tout ou partie de chaque zone litigieuse, le tribunal arbitral trouvera une solution juste et équitable qui tienne compte en ce qui concerne chacun des demandeurs impliqués dans le litige des facteurs suivants:

- (a) la continuité et l'importance des activités se rapportant à chaque zone litigieuse et à la zone objet de la demande dont elle fait partie;
- (b) la date à laquelle chaque demandeur impliqué dans le litige, ou son prédécesseur en droit, ou l'un des organismes qui le composent, a commencé des activités en mer dans la zone faisant l'objet de la demande;
- (c) le coût financier des activités se rapportant à chaque zone litigieuse et à la zone objet de la demande dont elle fait partie, coût mesuré en termes constants;
- (d) la période d'exécution des activités et leur qualité; et
- (e) tels facteurs complémentaires que le tribunal arbitral jugera pertinents, à l'exclusion cependant de la prise en considération des plans de travail futurs des demandeurs impliqués dans le litige.

2. Dans l'examen des facteurs spécifiés au paragraphe 1, le tribunal arbitral entendra et, sauf aux fins de partage conformément au paragraphe 3, se bornera à prendre en considération tous les éléments de preuve fondés sur les activités spécifiées au paragraphe 1, qui ont été exécutées au plus tard au 1^{er} janvier 1982, étant entendu toutefois qu'un demandeur doit apporter la preuve d'activités de prospection en mer dans la zone objet du litige avant le 28 juin 1980 comme condition préalable à la présentation devant le tribunal arbitral de compléments de preuve concernant des activités dans la zone litigieuse.

3. Dans sa sentence, le tribunal arbitral peut attribuer l'ensemble de la zone litigieuse à l'un des demandeurs impliqués dans le litige ou partager la zone entre plusieurs d'entre eux ou entre eux tous. Si, après application des dispositions du paragraphe 1 du présent Appendice, le tribunal arbitral décide que la zone litigieuse doit être partagée, il partagera la zone, dans toute la mesure compatible avec l'application de ces dispositions, de façon à permettre l'exécution du plan de travail exposé dans la demande de chacun des demandeurs auquel est attribuée une partie de la zone.

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Sambia
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 4. November 1982

In Lusaka ist durch Notenwechsel vom 3. August/22. September 1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia unter Bezugnahme auf die Abkommen vom 11. Mai 1978 (BGBl. 1978 II S. 905) und 21. Dezember 1979 (BGBl. 1980 II S. 124) eine Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit getroffen worden. Die Vereinbarung ist

am 22. September 1982

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. November 1982

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Der Geschäftsträger a. i.
der Bundesrepublik Deutschland

Lusaka, 3. August 1982

Herr Minister,

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Abkommen zwischen unseren beiden Regierungen vom 11. Mai 1978 über Kapitalhilfe und vom 21. Dezember 1979 über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Die in Artikel 1 Absatz 1 der zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommen vom 11. Mai 1978 und 21. Dezember 1979 genannten Vorhaben „Maismühle Kitwe, Kupfergürtel“ und „Ausbau des Fernmeldewesens in der Nordwestprovinz“ werden anteilig bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Millionen DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) durch das Programm „Beschaffung und Indienstellung von Streckenlokomotiven (einschließlich Ersatzteilen) für die Tanzania-Zambia Railway Authority“ ersetzt. Über die verbleibenden Restbeträge wird zu einem späteren Zeitpunkt eine gesonderte Vereinbarung geschlossen.

2. Unter Wegfall der Artikel 5 in den eingangs erwähnten Abkommen vom 11. Mai 1978 und 21. Dezember 1979 gelten die übrigen Bestimmungen einschließlich der Berlin-Klausel (Artikel 7) auch für diese Vereinbarung.

Falls sich die Regierung der Republik Sambia mit den in Nummer 1 und 2 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernd Westphal

Seiner Exzellenz
dem Außenminister der Republik Sambia
Prof. Lameck H. K. Goma
Lusaka

(Übersetzung)

Lusaka, 22. September 1982

Exzellenz,

ich beehre mich, den Erhalt Ihrer Note vom 3. August 1982 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die in Absatz 1 und 2 oben enthaltenen Vorschläge der Regierung der Republik Sambia genehm sind und eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden sollen, die mit dem heutigen Tage in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Hon. Prof. L. K. H. Goma M. P.
Minister des Auswärtigen

Seiner Exzellenz
Herrn B. Westphal
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Lusaka

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Auslieferungsübereinkommens
Vom 5. November 1982**

Das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369) ist nach seinem Artikel 29 Abs. 3 für

Spanien am 5. August 1982

in Kraft getreten.

Spanien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Vorbehalte eingelegt und folgende Erklärungen abgegeben:

(Traduction)

(Übersetzung)

« Réserves

„Vorbehalte

A l'article 1

Zu Artikel 1

La personne dont l'extradition a été réclamée ne pourra être soumise à un tribunal d'exception sur le territoire de l'Etat requérant. L'extradition ne sera pas accordée pour cette raison, ni pour l'exécution d'une peine ou mesure de sécurité imposée par des tribunaux ayant ce caractère.

Der Verfolgte darf im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates nicht vor ein Ausnahmegericht gestellt werden. Die Auslieferung wird weder zu diesem Zweck noch zur Vollstreckung einer durch Gerichte dieser Art verhängten Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung bewilligt.

A l'article 10

Zu Artikel 10

L'Espagne n'accordera pas l'extradition dans le cas où il y aurait extinction de la responsabilité criminelle pour les causes, quelles qu'elles soient, prévues par la législation de la Partie requérante ou de la Partie requise.

Spanien wird die Auslieferung nicht bewilligen, wenn die strafrechtliche Verantwortlichkeit aus irgendeinem in den Rechtsvorschriften des ersuchenden oder des ersuchten Staates vorgesehenen Grund erloschen ist.

A l'article 21.5

Zu Artikel 21 Absatz 5

L'Espagne ne permettra le transit que dans les conditions précisées quant à l'extradition dans la présente Convention.

Spanien wird die Durchlieferung nur unter den in diesem Übereinkommen für die Auslieferung festgelegten Bedingungen bewilligen.

A l'article 23

L'Espagne exigera de la Partie requérante une traduction en espagnol, en français ou en anglais, de la demande d'extradition et des documents qui accompagnent celle-ci.

Déclarations

A l'article 2.7

L'Espagne observera la règle de réciprocité en ce qui concerne les infractions exclues du champ d'application de la présente Convention, en vertu de l'article 2 de celle-ci.

A l'article 3

En ce qui concerne l'extradition, ne sont pas considérés comme délits politiques, outre ceux qui sont exclus par l'article 3, paragraphe 3, de la Convention, les délits de terrorisme.

A l'article 6.1.b)

En ce qui concerne la présente Convention, l'Espagne considérera comme ressortissants, les personnes qui jouissent de cette qualité en vertu des règles du Titre I du Livre I du Code civil espagnol.

A l'article 9

On considérera que la personne a été définitivement jugée lorsque la décision judiciaire ne pourra être soumise à aucun recours ordinaire, ceux-ci ayant été épuisés, la décision ayant été acceptée ou en raison de la nature propre de celle-ci.

A l'article 11

Lorsque le délit pour lequel on demande l'extradition peut être puni de la peine de mort en vertu des lois de la Partie requérante, l'Espagne refusera l'extradition sauf si la Partie requérante offre des garanties considérées comme suffisantes par la Partie requise, que l'on n'imposera pas la peine de mort ou, si elle est imposée, qu'elle ne sera pas exécutée.»

Zu Artikel 23

Spanien wird von dem ersuchenden Staat eine Übersetzung des Auslieferungsersuchens und der ihm beigefügten Unterlagen in die spanische, französische oder englische Sprache verlangen.

Erklärungen

Zu Artikel 2 Absatz 7

Spanien wird hinsichtlich der aufgrund des Artikels 2 dieses Übereinkommens von dessen Anwendung ausgeschlossenen Straftaten den Grundsatz der Gegenseitigkeit anwenden.

Zu Artikel 3

Für die Zwecke der Auslieferung werden neben den in Artikel 3 Absatz 3 des Übereinkommens genannten Straftaten terroristische Handlungen nicht als politische Straftaten angesehen.

Zu Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b

Für die Zwecke dieses Übereinkommens sieht Spanien solche Personen als eigene Staatsangehörige an, die nach Buch I Titel I des spanischen Zivilgesetzbuchs diese Eigenschaft besitzen.

Zu Artikel 9

Eine Person gilt als rechtskräftig abgeurteilt, wenn die gerichtliche Entscheidung keinem ordentlichen Rechtsmittel mehr unterliegt, weil alle ordentlichen Rechtsmittel erschöpft sind oder weil die Entscheidung angenommen wurde oder aufgrund der Eigenart der Entscheidung.

Zu Artikel 11

Ist die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht, so wird Spanien die Auslieferung ablehnen, sofern nicht der ersuchende Staat eine vom ersuchten Staat als ausreichend erachtete Zusicherung gibt, daß die Todesstrafe nicht verhängt oder im Fall der Verhängung nicht vollstreckt werden wird."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Februar 1978 (BGBl. II S. 240).

Bonn, den 5. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Verfassung
der Internationalen Arbeitsorganisation**

Vom 8. November 1982

Die Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation in der ab 1. November 1974 geltenden Fassung (BGBl. 1957 II S. 317; 1964 II S. 100; 1975 II S. 2206) ist nach ihrem Artikel 1 für

Antigua und Barbuda	am	16. Februar 1982
Belize	am	17. November 1981
Dominica	am	17. Juni 1982
San Marino	am	18. Juni 1982
São Tomé und Príncipe	am	1. Juni 1982

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Oktober 1981 (BGBl. II S. 950).

Bonn, den 8. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 62
der Internationalen Arbeitsorganisation
über Unfallverhütungsvorschriften
bei Hochbauarbeiten**

Vom 9. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 62 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1937 über Unfallverhütungsvorschriften bei Hochbauarbeiten (BGBl. 1955 II S. 178) wird nach seinem Artikel 20 Abs. 3 für

Ägypten am 25. März 1983
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. November 1976 (BGBl. II S. 1946).

Bonn, den 9. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 63
der Internationalen Arbeitsorganisation
über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit
in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes,
einschließlich des Baugewerbes, sowie in der Landwirtschaft**

Vom 9. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 63 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 20. Juni 1938 über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes, einschließlich des Baugewerbes, sowie in der Landwirtschaft (BGBl. 1954 II S. 437) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 3 für

Nicaragua am 1. Oktober 1982
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Mai 1979 (BGBl. II S. 575).

Bonn, den 9. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 73
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute**

Vom 9. November 1982

Auf Grund einer am 27. November 1974 bei dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes registrierten und am gleichen Tage wirksam gewordenen Erklärung hat Frankreich die Anwendung des Übereinkommens Nr. 73 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Juni 1946 über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute (BGBl. 1976 II S. 1225) auf folgende Gebiete erstreckt:

Französisch-Polynesien, Neukaledonien, St. Pierre und Miquelon.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 20. Januar 1977 (BGBl. II S. 79) und vom 22. Oktober 1981 (BGBl. II S. 963).

Bonn, den 9. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 9. November 1982

I.

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) ist nach seinem Artikel 38 Abs. 2 für

Italien

am 21. August 1982

in Kraft getreten.

Italien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

«(1) Le Gouvernement italien déclare, conformément à l'article 8, que des magistrats de l'autorité requérante d'un autre Etat contractant peuvent assister à l'exécution d'une commission rogatoire, avec l'autorisation préalable de l'Autorité compétente désignée par l'Etat italien, prévue au n. 4, 2^e paragraphe.

(2) Le Gouvernement italien déclare, conformément à l'article 18, qu'un agent diplomatique ou consulaire ou un commissaire, qui procède à un acte d'instruction aux termes des articles 15, 16, 17, a la faculté de s'adresser à l'Autorité désignée par l'Etat italien, prévue au n. 4, 2^e paragraphe, pour obtenir l'assistance nécessaire à l'accomplissement de cet acte par voie de contrainte.

(3) Le Gouvernement italien déclare, conformément à l'article 23, qu'il n'exécutera pas les commissions rogatoires qui ont pour objet une procédure connue dans les Etats du Common Law sous le nom de pre-trial discovery of documents.

„(1) Die italienische Regierung erklärt nach Artikel 8, daß Mitglieder der ersuchenden gerichtlichen Behörde eines anderen Vertragsstaats bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens mit vorheriger Genehmigung durch die vom italienischen Staat in Absatz 4 Unterabsatz 2 bestimmte zuständige Behörde anwesend sein können.

(2) Die italienische Regierung erklärt nach Artikel 18, daß ein diplomatischer oder konsularischer Vertreter oder ein Beauftragter, der nach Artikel 15, 16 oder 17 Beweis aufnimmt, sich an die vom italienischen Staat in Absatz 4 Unterabsatz 2 bestimmte Behörde wenden kann, um die für diese Beweisaufnahme erforderliche Unterstützung durch Zwangsmaßnahmen zu erhalten.

(3) Die italienische Regierung erklärt nach Artikel 23, daß sie Rechtshilfeersuchen nicht erledigt, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des „Common Law“ unter der Bezeichnung „pre-trial discovery of documents“ bekannt ist.

(4) Le Gouvernement italien désigne, conformément à l'article 35, le Ministère des Affaires Etrangères en tant que l'Autorité centrale, prévue à l'article 2, qui assume la charge de recevoir les commissions rogatoires émanant d'une autorité judiciaire d'un autre Etat contractant, et de les transmettre à l'Autorité compétente aux fins d'exécution.

Le Gouvernement italien, conformément à l'article susmentionné, désigne la Cour d'Appel du lieu où l'on doit procéder en tant que autorité compétente pour:

- autoriser les magistrats étrangers à assister à l'exécution d'une commission rogatoire, selon l'article 8;
- autoriser les agents diplomatiques ou consulaires et les commissaires étrangers à procéder à tout acte d'instruction, selon les articles 16, 17;
- donner aux agents susmentionnés l'assistance judiciaire requise selon l'article 18.»

(4) Die italienische Regierung bestimmt nach Artikel 35 das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten als die in Artikel 2 vorgesehene Zentrale Behörde, die von einer gerichtlichen Behörde eines anderen Vertragsstaats ausgehende Rechtshilfeersuchen entgegennimmt und sie der zuständigen Behörde zur Erledigung zuleitet.

Die italienische Regierung bestimmt nach Artikel 35 das Appellationsgericht des Ortes, an dem ein Verfahren stattfinden soll, als zuständige Behörde,

- die nach Artikel 8 ausländischen Mitgliedern die Genehmigung erteilt, bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens anwesend zu sein;
- die nach Artikel 16 und 17 ausländischen diplomatischen oder konsularischen Vertretern oder Beauftragten die Genehmigung erteilt, Beweis aufzunehmen;
- die nach Artikel 18 den obengenannten Vertretern die erbetene Unterstützung gewährt."

II.

Barbados hat mit Note vom 2. September 1982 dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande notifiziert, daß es als Zentrale Behörde im Sinne der einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens den Registrar of the Supreme Court of Barbados (Urkundsbeamter des Obersten Gerichtshofs von Barbados) bestimmt hat.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 5. Mai 1982 (BGBl. II S. 539) und vom 5. Juli 1982 (BGBl. II S. 682).

Bonn, den 9. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-niederländischen Vertrags über Grenzberichtigungen

Vom 9. November 1982

Nach Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 3. August 1982 zu dem Vertrag vom 30. Oktober 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über Grenzberichtigungen (Erster Grenzberichtigungsvertrag) (BGBl. 1982 II S. 734) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 8 Abs. 2

am 1. Dezember 1982

in Kraft treten wird. Die Ratifikationsurkunden sind am 30. Oktober 1982 in Den Haag ausgetauscht worden.

Bonn, den 9. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm

Vom 10. November 1982

Das Übereinkommen vom 18. November 1974 über ein Internationales Energieprogramm (BGBl. 1975 II S. 701) ist nach seinem Artikel 71 Abs. 2 für

Portugal am 9. Juli 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. August 1981 (BGBl. II S. 649).

Bonn, den 10. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen von Abfällen
und anderen Stoffen**

Vom 10. November 1982

Kiribati hat am 12. Mai 1982 dem Vereinigten Königreich, am 3. Juni 1982 den Vereinigten Staaten, am 17. Juni 1982 der Sowjetunion und am 5. August 1982 Mexiko notifiziert, daß es sich seit dem 12. Juli 1979 an das Übereinkommen vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen (BGBl. 1977 II S. 165, 180) gebunden betrachtet, dessen Anwendung ab 17. November 1975 durch das Vereinigte Königreich auf sein Hoheitsgebiet – die früheren Gilbertinseln – erstreckt worden war (BGBl. 1979 II S. 273).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Februar 1982 (BGBl. II S. 206).

Bonn, den 10. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 29
der Internationalen Arbeitsorganisation
über Zwangs- oder Pflichtarbeit**

Vom 10. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit (BGBl. 1956 II S. 640) wird nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für die

Vereinigten Arabischen Emirate am 27. Mai 1983 in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Oktober 1981 (BGBl. II S. 957).

Bonn, den 10. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 88
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung**

Vom 10. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948 über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung (BGBl. 1954 II S. 448) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für

Nicaragua am 1. Oktober 1982 in Kraft getreten.

São Tomé und Príncipe hat am 1. Juni 1982 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch Portugal auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Mai 1979 (BGBl. II S. 575).

Bonn, den 10. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 81
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel**

Vom 11. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 81 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. Juli 1947 über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel (BGBl. 1955 II S. 584) wird nach seinem Artikel 33 Abs. 3 für die

Vereinigten Arabischen Emirate am 27. Mai 1983
in Kraft treten.

São Tomé und Príncipe hat am 1. Juni 1982 dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes notifiziert, daß es sich an das Übereinkommen gebunden betrachtet, dessen Anwendung vor Erlangung der Unabhängigkeit durch Protugal auf sein Hoheitsgebiet erstreckt worden war.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Oktober 1981 (BGBl. II S. 963).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 115
der Internationalen Arbeitsorganisation
über den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen**

Vom 11. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 115 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 22. Juni 1960 über den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen (BGBl. 1973 II S. 933) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Nicaragua am 1. Oktober 1982
in Kraft getreten; es wird ferner für
Griechenland am 4. Juni 1983
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Dezember 1979 (BGBl. II S. 1359).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 122
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Beschäftigungspolitik**

Vom 11. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 122 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1964 über die Beschäftigungspolitik (BGBl. 1971 II S. 57) ist nach seinem Artikel 5 Abs. 3 für

Nicaragua

am 1. Oktober 1982

in Kraft getreten.

Auf Grund einer am 30. März 1982 bei dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes registrierten und am gleichen Tage wirksam gewordenen Erklärung hat das Vereinigte Königreich die Anwendung des Übereinkommens auf Hongkong erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. November 1981 (BGBl. II S. 1014).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 135
der Internationalen Arbeitsorganisation
über Schutz und Erleichterungen
für Arbeitnehmervertreter im Betrieb**

Vom 11. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 135 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1971 über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb (BGBl. 1973 II S. 953) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Nicaragua am 1. Oktober 1982

in Kraft getreten; es wird ferner für

Ägypten am 25. März 1983

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Dezember 1981 (BGBl. II S. 1076).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 136
der Internationalen Arbeitsorganisation
über den Schutz vor den durch Benzol
verursachten Vergiftungsgefahren**

Vom 11. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 136 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1971 über den Schutz vor den durch Benzol verursachten Vergiftungsgefahren (BGBl. 1973 II S. 958) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für

Nicaragua

am 1. Oktober 1982

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Dezember 1981 (BGBl. II S. 1077).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 138
der Internationalen Arbeitsorganisation
über das Mindestalter
für die Zulassung zur Beschäftigung
Vom 11. November 1982**

Das Übereinkommen Nr. 138 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 26. Juni 1973 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (BGBl. 1976 II S. 201) ist nach seinem Artikel 12 Abs. 3 für

Nicaragua am 2. November 1982
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. September 1982 (BGBl. II S. 862).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 139
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Verhütung und Bekämpfung
der durch krebserzeugende Stoffe und
Einwirkungen verursachten Berufsgefahren
Vom 11. November 1982**

Das Übereinkommen Nr. 139 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Juni 1974 über die Verhütung und Bekämpfung der durch krebserzeugende Stoffe und Einwirkungen verursachten Berufsgefahren (BGBl. 1976 II S. 577) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Nicaragua am 1. Oktober 1982
in Kraft getreten; es wird ferner für

Ägypten am 25. März 1983
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Dezember 1981 (BGBl. II S. 1098).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 140
der Internationalen Arbeitsorganisation
über den bezahlten Bildungsurlaub
Vom 11. November 1982**

Das Übereinkommen Nr. 140 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Juni 1974 über den bezahlten Bildungsurlaub (BGBl. 1976 II S. 1526) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 3 für

Nicaragua am 1. Oktober 1982
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Dezember 1979 (BGBl. II S. 1363).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 141
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Verbände ländlicher Arbeitskräfte
und ihre Rolle in der wirtschaftlichen
und sozialen Entwicklung
Vom 11. November 1982**

Das Übereinkommen Nr. 141 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1975 über die Verbände ländlicher Arbeitskräfte und ihre Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (BGBl. 1977 II S. 481) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Nicaragua am 1. Oktober 1982
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. November 1980 (BGBl. II S. 1426).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolitarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 50,40 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,50 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1982 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postcheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,60 DM (3,- DM zuzüglich -60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,40 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 142
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Berufsberatung und die Berufsbildung
im Rahmen der Erschließung des Arbeitskräftepotentials**

Vom 11. November 1982

Das Übereinkommen Nr. 142 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1975 über die Berufsberatung und die Berufsbildung im Rahmen der Erschließung des Arbeitskräftepotentials (BGBl. 1980 II S. 1370) wird nach seinem Artikel 7 Abs. 3 für

Ägypten	am 25. März 1983
Brasilien	am 24. November 1982

in Kraft treten.

Auf Grund einer am 20. Februar 1979 bei dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes registrierten und am selben Tage wirksam gewordenen Erklärung hat das Vereinigte Königreich die Anwendung des Übereinkommens auf Guernsey erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 13. März 1981 (BGBl. II S. 168) und vom 4. Dezember 1981 (BGBl. II S. 1101).

Bonn, den 11. November 1982

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer